



Grundlagenpapier

der KjG LAG Bayern



Präambel

„In unserem Verband machen wir uns stark für Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit“.¹ Aus dieser Grundhaltung und basierend auf den Grundlagen und Zielen engagieren sich in der KJG Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Kirche, Politik und Gesellschaft. „Der Zusammenschluss in der KJG schafft Voraussetzungen für eine wirksame Interessenvertretung in der Öffentlichkeit.“² Die KJG bündelt auf allen Ebenen die Positionen von Kindern und Jugendlichen und ist so Sprachrohr für ihre Themen und Anliegen. Die Landesarbeitsgemeinschaft Bayern ist der Zusammenschluss der sieben bayerischen Diözesanverbände und vertritt deren Themen in der bayerischen Politik, Kirche und Gesellschaft.

Das Grundlagenpapier wurde in vorliegender Form vom KJG Landesausschuss am 8.12.2023 auf Grundlage des kinder- und jugendpolitischen Grundlagenpapier der KJG Bundesebene beschlossen.

Auf der Basis unserer Grundlagen und Ziele und verschiedener Beschlüsse engagieren wir uns für:



¹ Aus "Mission Statement der KJG"

² Aus "Grundlagen und Ziele der KJG"

Partizipation und Demokratie



Alle Menschen bilden eine Gemeinschaft, die sich auf gemeinsame Verantwortung gründet, an der alle in gleicher Weise teilhaben sollen und die so ausgestaltet ist, dass sie jede*n Einzelne*n achtet und allen die Möglichkeit zur Mitgestaltung eröffnet.

Jugendbeteiligung und Wahlalter

Kern einer lebendigen demokratischen Gesellschaft ist, dass sich alle beteiligen können und die Möglichkeit haben, sich nach ihren Bedürfnissen, Interessen und Fähigkeiten einzubringen. Neben einem allgemeinen Wahlrecht ohne Altersbegrenzung, braucht es wirksame altersgerechte und bedürfnisorientierte Kinder- und Jugendbeteiligungsverfahren. Die Meinung von Kindern und Jugendlichen muss von den Verantwortlichen in Politik, Kirche und Gesellschaft ernstgenommen und in Entscheidungen eingebunden werden. Dafür muss Politik ihre Arbeit in einer für Kinder und Jugendlichen verständlichen Sprache erklären.

Ehrenamt

Als junge Menschen wollen wir selbstbestimmt und selbstwirksam leben und aufwachsen, um so unsere Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Wir wollen, dass uns und allen Menschen angemessene Räume und Zeiten zur Verfügung stehen, die wir selbst gestalten können und in





denen wir nicht durch äußere Zwänge gebunden sind. Im ehrenamtlichen Engagement und im Freiwilligendienst kann diese Selbstbestimmung gelebt werden. Dafür sind verlässliche Rahmenbedingungen nötig, die es allen Menschen ermöglichen sich nach ihren Fähigkeiten und Talenten zu engagieren. Dieses Engagement muss wertgeschätzt werden und Anerkennung erfahren. Die dort erbrachten Leistungen und erworbenen Kompetenzen müssen in Schule, Studium, Ausbildung und Beruf honoriert werden.

Jugendverbände und finanzielle Ausstattung

Jugendverbände sind wichtige Institutionen für die Entwicklung Jugendlicher und Werkstätten der Demokratie. Sie ermöglichen Gemeinschaft, Austausch, außerschulische Bildung, Demokratiebildung und vieles Mehr. Dafür benötigt (kirchliche) Jugendarbeit den nötigen Rückenwind aus Politik, Kirche und Gesellschaft, Räume, in denen Jugendarbeit stattfinden kann sowie die Nötige Zeit für Jugendarbeit. Neben den eben benannten Themen benötigt es auch eine gesicherte und bedarfsgerechter Finanzierung auf allen Ebenen.

Politische Bildung

Demokratie ist ein eigenständiger Wert, der weit über eine politische Organisationsform hinausgeht. Dieser Wert kann nur in der Praxis erfahren werden. Jugendverbände wie die KjG bieten in besonderer Weise Räume, in denen demokratische Haltungen und Verhaltensweisen erlebt,

eingübt und weiterentwickelt werden können. Dieser wichtige Beitrag zur politischen Bildung muss anerkannt und gefördert werden. Eine gesonderte Förderung verdienen einzelne Projekte und die regelmäßige Arbeit zur politischen Bildung der Jugendverbände. Auch Politik, Schule und Gesellschaft tragen Verantwortung für Demokratie und politische Bildung und das nicht nur für junge Menschen, sondern für die Gesellschaft als Ganzes.



Kinder- und Menschenrechte



Frieden

Die Voraussetzung, um gleiche Rechte für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu ermöglichen, ist eine friedliche Gesellschaft. Hierzu müssen die Stiftung von Frieden und ein gewaltfreier Umgang mit Konflikten absoluten Vorrang haben. Wir wollen eine breite Bildung, die alle befähigt friedensstiftend, im Kleinen wie im Großen, zu wirken. Um Frieden zu gewährleisten, braucht es einen Abbau körperlicher, geistiger und struktureller Gewalt und die Überwindung von gewaltvollen Konflikten durch Abrüstung und Verzicht auf Waffenhandel.

Kinderrechte

Kinder und Jugendliche sind nicht mit Erwachsenen gleichzusetzen. Aufgrund ihrer Lebenssituation und eigener spezifischer Bedürfnisse brauchen Kinder ihre eigenen Rechte, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention



festgeschrieben sind. Ihre Rechte auf Schutz, Entwicklung, Entfaltung, Bildung und Beteiligung müssen umgesetzt werden. Daher fordern wir eine Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz sowie eine kindgerechte Vermittlung dieser Rechte. Nur wenn alle Kinder um ihre Rechte wissen, können sie diese auch einfordern.

Menschenrechte

Alle Menschen unabhängig von Nationalität, Geschlecht, sozialem Status, Alter oder körperlicher Verfassung sind gleich und haben eine unantastbare Würde. Aufgrund dieser unteilbaren Gleichheit und Würde haben alle Menschen gleiche Rechte. Die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem UN-Zivilpakt und UN-Sozialpakt festgehaltenen Menschenrechte müssen weltweit geachtet, umgesetzt und geschützt werden. Wir setzen uns für menschenwürdige Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen ein.



Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt

Als KJG leben wir die Gleichberechtigung der Geschlechter und sehen in der Überwindung von Geschlechterstereotypen eine Grundlage unserer Arbeit. Neben einer uneingeschränkten Gleichberechtigung der Geschlechter ist uns die Befähigung zur Entwicklung einer eigenständigen sexuellen Identität wichtig. So wie wir in Sprache, Bild, Organisationsform und Arbeitsweise zu

einer Geschlechterdemokratie und Anerkennung sexueller Vielfalt beitragen, wollen wir, dass diese in unserer Gesellschaft ebenfalls umgesetzt wird.

Sexuelle Vielfalt und Gleichberechtigung

Wir setzen uns für die Akzeptanz der sexuellen Identität eines jeden Individuums ein und sind offen für diese Vielfalt. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt behandelt werden, gleiche Rechte und gleiche Teilhabechancen haben, ungeachtet ihres Geschlechtes und ihrer sexuellen Identität. Wir arbeiten für eine Welt, in der sich Menschen auf Augenhöhe und ohne Verhaltensschablonen begegnen können. Wir sind der Überzeugung, dass sich Männlichkeit und Weiblichkeit nicht gegenseitig ausschließen und sich nicht auf Menschen eines bestimmten biologischen Geschlechts beschränken. Unsere Vision: Männer und Frauen, Jungen und Mädchen bewegen sich zwischen und neben den stereotypen Vorstellungen von „männlich“ und „weiblich“ und bereichern die Welt mit ihrer Vielfalt.

Geschlechtssensible Bildung

Frühkindliche Erziehung, schulische und außerschulische Bildung tragen besonders dazu bei, junge Menschen zu befähigen, gängige Geschlechterklischees zu überwinden, ihre eigene Identität herauszubilden und sich an den eigenen Interessen und Talenten zu orientieren. Wir wollen, dass alle, die ehrenamtlich, hauptamtlich oder beruflich mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten,





eine Sensibilität für bestehende Geschlechterrollen haben, diese kritisch reflektieren sowie Impulse für eine Vielfalt setzen. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche unterschiedliche Vorbilder haben und Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern erleben.

Gesellschaftliche und politische Verantwortung

Die Umsetzung von Geschlechterdemokratie und die Verwirklichung sexueller Vielfalt liegen in der Verantwortung von Politik und der gesamten Gesellschaft. Wir wollen, dass gesetzliche Regelungen bestehen, die Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen verbieten, gleiche Zugangsmöglichkeiten zu allen Lebensbereichen garantieren und so zur Bewusstseinsänderung beitragen.

Miteinander



Wir Menschen sind in unterschiedlichster Weise miteinander verbunden. Wir begegnen uns in einer Vielfalt der Nationen, Kulturen, Religionen, Generationen und unter unterschiedlichsten körperlichen und geistigen Verfassungen. Eine solche Vielfalt braucht eine wechselseitige Anerkennung und Achtung. Aus der größer werdenden weltweiten Verbundenheit der Menschen entsteht eine Verantwortung füreinander.

Interkulturalität und Begegnung

Das Miteinander von unterschiedlichen Kulturen und Religionen ist ein Gewinn für alle. Als Kinder- und Jugendverband wollen wir eine tolerante und weltoffene Kirche und Gesellschaft, in denen die Bedürfnisse der verschiedenen Kulturen und Religionen berücksichtigt werden und in denen Begegnung als ein echtes Miteinander gelebt wird. Als KjG leben wir selbst nach diesen Prinzipien und sind Vorbild für Toleranz und ein gleichberechtigtes Miteinander.

Wir wollen eine Gesellschaft, die frei ist von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hierfür braucht es gute Austausch- und Begegnungsprogramme, milieusensible Zugänge zu Angeboten der politischen Bildung, des Demokratielernens und des globalen Lernens sowie vielfältige Freizeitangebote.

Religiösität und Religionspolitik

Glaube und Religion spielen in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen eine bedeutende Rolle und haben darüber hinaus erheblichen Einfluss auf die Ausbildung der eigenen Persönlichkeit. Gerade die vielfältig gelebte Religiosität bereichert unsere Gesellschaft. Daher benötigen wir das uneingeschränkte Recht auf freie Religionsausübung. Hierzu braucht es Möglichkeiten, sich seiner Wurzeln bewusst zu werden. Außerdem bedarf es der Offenheit und Toleranz für Anderes sowie der Förderung der Auseinandersetzung mit beidem. Religiöse Verbände und Strukturen, insbesondere die Jugendverbände, leisten hier wertvolle Arbeit und verdienen gesellschaftliche und staatliche Unterstützung.





Inklusion



Wir alle sind auf unterschiedliche Weise aufeinander angewiesen, können bestimmte Dinge besser oder schlechter als andere und wollen Bedingungen vorfinden, die uns eine Teilhabe ermöglichen. Es muss selbstverständlich sein, dass unser Miteinander so gestaltet ist, dass ein barrierefreier Zugang für alle möglich ist.



Europa- und Weltpolitik



Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit bilden wir eine Gemeinschaft. Diese braucht eine gemeinsame und verlässliche Politik, die nach demokratischen Prinzipien organisiert ist, in der alle Menschen gleiche Mitspracherechte haben und deren Antrieb ein kulturelles und soziales Zusammenwachsen ist. Entscheidungen müssen von allen gemeinsam getroffen und getragen werden. Hierzu bedarf es einer Stärkung von parlamentarischen Strukturen, einer Orientierung an den Menschen-, Kinder- und Arbeitsrechten sowie einer Kontrolle der globalisierten Wirtschaft. Europapolitik und Weltpolitik müssen dazu beitragen, dass mehr Freiheiten für die Menschen entstehen. Lokale und globale Zusammenschlüsse müssen ihren Beitrag zu einem gerechteren Miteinander leisten. Jugendliche profitieren auf vielfältige Weise von Europa. Das Bewusstsein dafür muss gestärkt und europäische Programme für Jugendliche (Erasmus+, DiscoverEU, Europäisches Solidaritätskorps) müssen ausgebaut werden.



Entwicklungszusammenarbeit & Entwicklungspolitik

Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und anderen Ländern muss von dem klaren Gedanken der Gemeinschaftlichkeit und der Gleichberechtigung getragen sein. Sie orientiert sich an den Bedürfnissen und Ansprüchen der Menschen vor Ort. Ziel der Entwicklungspolitik muss die Umsetzung der „Millennium Development Goals“ und des Nachfolgeprogramms „Sustainable Development Goals (SDGs)“ sein. Dabei muss die deutsche und europäische Politik im Zweifel eigene Interessen und Ziele der Entwicklungspolitik unterordnen.

Psychische Gesundheit

In Zeiten von Polykrisen sind Jugendliche besonderen Belastungen ausgesetzt, aber auch ohne Klimaangst, Corona, Krieg und Flucht ist der Bedarf für psychologische Betreuung groß. Eine Verbesserung der psychologischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen und eine Entstigmatisierung beziehungsweise Normalisierung von psychologischer Betreuung ist angebracht.

Integration

Als Kinder- und Jugendverband liegen uns die Anliegen aller Kinder und Jugendlichen am Herzen, das schließt auch junge Geflüchtete mit ein. Uns ist es ein Anliegen, dass junge Geflüchtete in ihren Belangen unterstützt werden. Das erfordert, junge Geflüchtete als besonders schutzbedürftig anzusehen und sich im besonderen Maße





für diese einzusetzen. Von gelungener Integration in unsere Gesellschaft profitieren alle Seiten. Deswegen müssen die Mittel und Bedingungen für ein Gelingen bereitgestellt werden.

Vielfältige und einfache Sprache

Sprache schafft Wirklichkeit, weshalb eine vielfältige Sprache ein ausschlaggebendes Instrument für die Überwindung von Diskriminierung darstellt. Sprache sollte die Werte einer Gesellschaft vermitteln und alle Menschen abbilden und ansprechen. Ausgrenzung und Diskriminierung beginnt oft schon im Sprechen und deshalb ist eine vielfältige, respektvolle und inklusive Sprache wichtig. Mit einer anerkennenden Sprache wollen wir Geschlechterstereotypen, Vorurteile und Diskriminierungserfahrungen abbauen.

Sprache ist die Grundlage von Verständigung und sozialem Miteinander. Damit Kinder und Jugendliche schon früh an der Gesellschaft teilhaben können, ist es wichtig, dass Politik für Kinder und Jugendliche verständlicher ist. Um dies zu ermöglichen, muss im ersten Schritt die Sprache, die in der Politik und Verwaltung genutzt wird, vereinfacht werden, sodass sie für alle verständlich wird.

Antidiskriminierung

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit lehnen wir in jeder Form ab. Das Menschenbild der KJG ist unvereinbar mit jeder Form von Diskriminierung von Menschen aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Orientierung,

Religion etc. Deshalb gibt es auch keine Zusammenarbeit der KJG mit Organisationen oder Parteien, die diesem Grundsatz entgegenstehen. Ein gesellschaftliches Miteinander und eine friedliche Welt sind nur möglich, wenn wir uns gegenseitig respektieren und anerkennen.

Lernen und Bildung



Bildung ist ein ganzheitlicher und individueller Prozess, in dem der einzelne Mensch im Mittelpunkt steht. Sie geht weit über Schule hinaus, umfasst außerschulische Aspekte in Freizeit und im Jugendverband und endet nicht mit dem Übergang in den Beruf. Schule, Ausbildung, Studium und Erwerbstätigkeit müssen so gestaltet sein, dass sie sich an den Bedürfnissen von jungen Menschen orientieren und ihnen Raum geben sich zu entfalten.

Schule

Das Schulsystem soll, neben der Vermittlung von fachlichem Wissen, den Blick auf die einzelne Person richten und sich an ihrer Neugierde, Begeisterungsfähigkeit, ihrem Wissensdurst und ihren persönlichen Fähigkeiten und Begabungen orientieren. Dabei muss der Erwerb von sozialen Kompetenzen im Vordergrund stehen. Zum Erwerb dieser soll Schule Freiräume für Schüler*innen ermöglichen, sich außerschulisch zu bilden. Die Schulen müssen dementsprechend gut ausgestattet sein und es müssen





qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Die Schüler*innen sollten an ihrer Bildung demokratisch beteiligt sein, bundesweit einheitliche Bedingungen vorfinden und eine Vielfalt an Lernmethoden und -orten erleben. Schule muss maßgeblich dazu beitragen, Chancengleichheit herzustellen und soziale Ungerechtigkeit abzubauen.

Recht auf Bildung und Ausbildung

Das Recht auf Bildung ist einer der wichtigsten Faktoren für gesellschaftliche und politische Teilhabe. Wir wollen, dass dieses Recht allen in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen umfassend gewährt wird. Dazu gehören eine für alle zugängliche frühkindliche Bildung, eine sehr gute Schulbildung, das Recht und den kostenlosen Zugang zu Ausbildung und Studium.

Bildung ist ein Selbstwert. Bildungsurlaub, Fortbildungen und die Möglichkeit, sich immer neu für Bildung zu entscheiden, sind wichtige Bestandteile einer offenen Gesellschaft mit der Möglichkeit zur freien Persönlichkeitsentfaltung. Entscheidungen von Kindern und Jugendlichen für Bildung verdienen ebenso Respekt und Unterstützung wie die Entscheidungen für einen Wechsel der Bildungswege.

Freizeit und Anerkennung außerschulischer Bildung

In selbstorganisierten Zusammenhängen findet ein wichtiger Teil des Lernens statt. Das in Freizeit und Ehrenamt erworbene Können soll voll anerkannt und als

wichtiger Bestandteil von Bildung gefördert werden. Hierzu braucht es Freizeit und Freiräume außerhalb staatlicher Institutionen. Kinder und Jugendliche haben das Recht auf zweckfreie Zeit, in und über die sie selbst bestimmen können. Dazu braucht es eine Begrenzung der durch Bildungsinstitutionen eingenommenen Zeit auf 35 Stunden pro Woche. Bei der Ausweitung der staatliche Betreuungsangebote ist zu berücksichtigen, wie die Jugendverbände integriert werden können.



Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit

Aus einer christlichen Grundhaltung heraus ergibt sich der Auftrag, zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung beizutragen und dazu zu ermutigen. Unabhängig von Glaube und Religion haben wir als Menschheit eine gemeinsame Verantwortung gegenüber unserer Umwelt. Wir sind wechselseitig aufeinander angewiesen, was uns dazu verpflichtet, sie in ihrer Vielfalt zu erhalten. Als Teil eines Landes, das schon lange und intensiv von der Übernutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen profitiert, haben wir eine große Verantwortung, Vorbild für den ökologischen Wandel zu sein. Die entsprechenden ökologischen Krisen müssen in der angemessenen Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit behandelt werden. Dabei sind soziale Aspekte zu berücksichtigen.





Klima und Energie

Die Energienutzung und -gewinnung hat wesentlichen Einfluss auf die Natur und das Klima. Daher wollen wir eine Energiegewinnung, die sich aus erneuerbaren Energien speist, die dezentral organisiert ist, die ohne die Produktion von Klimagasen auskommt. Die Energien müssen so gewonnen werden, dass dabei die Umwelt weder zerstört noch übermäßig belastet wird (etwa durch Monokulturen oder Flächenverbrauch) sowie soziale Aspekte berücksichtigt werden (Vorrang der Lebensmittel-erzeugung). Risikotechnologien, wie Kernkraft, lehnen wir weltweit ab. Grundsätzlich soll die Nutzung und Speicherung von Energie nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit erfolgen. Wir müssen unserer gegenwärtigen und historischen Verantwortung gerecht werden und unsere Politik daran ausrichten, dass unsere Klimawirkung mit der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens vereinbar ist.

Nachhaltigkeit, Konsum und Umgang mit Wert- und Rohstoffen

Wir haben nur begrenzte Rohstoffe zur Verfügung. Mit diesen muss sparsam umgegangen werden, sie müssen gerecht aufgeteilt werden, Verschwendung muss unterbleiben. Dabei gilt es insbesondere das Recht auf Wasser für alle als Grundrecht zu garantieren. Wir machen uns stark für nachhaltigen Konsum und setzen uns dafür ein, dass Güter, die in Deutschland und der EU gehandelt werden, unter Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards

produziert werden. Wertstoffe müssen konsequent recycelt werden. Wir wünschen uns eine Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, in der Qualität wichtiger ist als Quantität und die sich an der Nutzung und nicht am Besitz und am Verbrauch orientiert.

Tierschutz und Lebensräume erhalten

Der Natur und den Tieren kommt eine eigene Würde zu. Diese Würde muss auch dann bewahrt werden, wenn Tiere Nutztiere sind. Wir wünschen uns eine Forschung, die ohne Tierversuche auskommt, eine artgerechte Tierhaltung und eine Agrarwirtschaft, die im Einklang mit der Natur funktioniert. Wir wollen eine Welt, in der es vielfältige Lebensräume gibt und in der allen Tieren ein artgerechtes Leben ermöglicht wird.

Mobilität und Transport

Zu einer globalisierten Welt gehört eine Mobilität, die für alle zugänglich und nutzbar ist. Die Mobilität der Zukunft sollte so gestaltet sein, dass sie erneuerbare Energiequellen nutzt, sich am Prinzip des Teilens orientiert, unnötige Wege vermeidet und verträglich für Mensch und Natur ist.



Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe



Die nationale und internationale Gemeinschaft soll davon geprägt sein, dass wir eine solidarische Gesellschaft bilden. Dazu gehört respektvoll miteinander umzugehen, füreinander Verantwortung zu übernehmen und niemanden auszuschließen oder abzuhängen.

Familienpolitik und Kinderarmut

Wir wollen eine Familienpolitik, die viele verschiedene Familienmodelle unterstützt und nicht bestimmte Modelle bevorzugt behandelt. In unserer Gesellschaft darf es keine Kinder und Jugendliche geben, die in Armut leben und die aufgrund der ökonomischen Situation ihrer Eltern, oder durch die Abwesenheit von Eltern, von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Daher braucht es eine konsequente Förderung von Kindern und ihren Familien, die sich an ihren Bedürfnissen orientiert. Dazu gehören verbindliche, kostenlose Betreuungsplätze für Kinder, kostenlose Bildung, gute Gesundheitsversorgung und ein bedingungsloses Kindergrundeinkommen. Leistungen, die Kinder erhalten, dürfen nicht auf Leistungen, die ihre Eltern beziehen, angerechnet werden.

Entfaltungsmöglichkeiten und soziales Wirtschaften

Alles Wirtschaften muss sich an den Menschen ausrichten und ihnen soziale, ökonomische und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Wir wollen, dass sich weiterhin soziale Wirtschaftsformen entwickeln. Dazu gehört für uns, dass es eine Vielzahl von Ökonomien gibt, dass alle von ihrer Erwerbsarbeit leben können und sie damit befähigt werden, an der Gesellschaft teilzunehmen. Wir wollen, dass Armut überwunden wird. Dies muss für Deutschland und weltweit gelten.

Generationengerechtigkeit

Unsere Gesellschaft altert. Dies stellt uns alle vor neue Herausforderungen und Aufgaben. Gemeinsam müssen wir aushandeln, wie wir unser Zusammenleben gestalten wollen. Hierbei erachten wir es als unumgänglich, dass sich unsere politische Kultur ändert. Alle politischen Entscheidungen müssen vom Ringen um die beste Idee geprägt sein, alle Generationen im Blick behalten und Belastungen für kommende Generationen vermeiden. Auch in einer alternden Gesellschaft bleiben Investitionen in die Zukunft junger Menschen, ob bei Klima, Infrastruktur, Jugend oder Bildung, wichtig.

Junge Mobilität

Die Mobilitätsanforderungen und -bedürfnisse von Jugendlichen unterscheiden sich deutlich von anderen Mitgliedern der Gesellschaft. Ob es um den Schulweg, den Weg zu Jugendverbänden, Sportvereinen, Musikstunden oder einfach den Besuch von Freunden und Freizeitaktivitäten





geht – Jugendliche sind auf eine einfache, kostengünstige, leicht zugängliche, nachhaltige und sichere Fortbewegung angewiesen. Dabei haben Jugendliche besondere Bedürfnisse, darunter passende Fahrzeiten (Nachtfahrten), das Erreichen spezieller Ziele (Schule, Jugendtreff, Sportplatz, etc.) und das Nutzen von Fortbewegungsmitteln, die ohne Führerschein genutzt werden können (ÖPNV, Rad, (Tret-)Roller). Wir fordern deshalb Sicherheit für Mikromobilität/Leichtverkehr (Fahrräder, (Tret-)Roller und Fußgänger), Jugendgerechte ÖPNV-Angebote für Stadt und Land, Haltestellen an Jugendorten und Angeboten auch zu entsprechenden Zeiten, einen sicheren Heimweg in der Nacht, Unabhängigkeit von Auto und Elterntaxi, Umweltfreundlichkeit und Finanzierbarkeit der allgemeinen Mobilität über den Schulweg hinaus für alle Kinder und Jugendlichen.

Wohnraum

Junge Menschen haben besondere Bedürfnisse hinsichtlich ihrer Wohnverhältnisse. Das betrifft die erste eigene Wohnung und den Weg zur Selbstständigkeit, den Umzug für Ausbildung und Studium, und das Leben in selbstgewählten Gemeinschaften. Die Bedürfnisse junger Menschen müssen deshalb bei der Stadtplanung und Baupolitik mitgedacht werden. Azubi- und Studierendenwohnheime, WGs, Kinder- und Jugendheime brauchen entsprechende Architektur. Es braucht deshalb kleine Wohnungen für junge Menschen und WG-geeignete Wohnungen, bezahlbarer Wohnraum für kleine Gehälter (Bafög, Lehrgehalt, ...) und ausreichend Wohnheime auf dem Land und in der Stadt.

Orte der Jugend und öffentlicher Raum

Jugendliche brauchen nicht nur Wohnraum, sondern auch Orte für Gemeinschaft und Freizeit. Auch Jugendarbeit braucht Platz, deswegen ist auch eine entsprechende räumliche Ausstattung nötig. Ebenso muss der öffentliche Raum auch für Jugendliche und nicht-institutionalisierte Gemeinschaft offen sein und für diese mitgestaltet werden. Jugendliche brauchen eigene Orte und müssen sich gleichzeitig im öffentlichen Raum wohlfühlen können und nicht in wenige abgelegene Orte zurückgedrängt werden. Dafür ist auch wichtig, dass Aufenthalt ohne finanzielle Mittel in konsumfreien Räumen möglich ist.



Digitalisierung und Medienpolitik

Meinungsfreiheit und Medienkompetenz

Unsere demokratische Gesellschaft lebt davon, dass wir freien Zugang zu Informationen haben und ohne Angst vor Verfolgung, unsere Meinung kundtun können. Medien sind für junge Menschen Informationsquelle, Kommunikationsort, Sozialisationsmedium und Bildungsinstrument. Wir wollen eine Medienpolitik und -pädagogik, die Kinder und Jugendliche befähigt, sich frei, eigenwirksam und ohne Gefährdung in allen Medien zu bewegen, anstatt sie durch Verbote und Kontrolle einzuengen, und die geeignete Angebote für Kinder und Jugendliche fördert. Wir wenden





uns gegen verdachtsunabhängige staatliche Überwachung, Vorratsdatenspeicherung sowie Zensur. Unternehmen müssen angehalten werden, datensparsam zu handeln und verantwortlich mit personenbezogenen Daten umzugehen.



Medien



Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine wichtige Grundlage der Demokratie. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, dass auch sie in angemessenem Umfang vom ÖRR angesprochen und adressiert werden. Das betrifft insbesondere, aber nicht nur, digitale Angebote. Medien schaffen gemeinsame Bezugspunkte und eine geteilte Welt. Deswegen sind auch generationsübergreifende Angebote und eine Verzahnung der Plattformen essenziell für ein gesellschaftliches Miteinander. Der digitale Raum braucht eine demokratietaugliche Infrastruktur. Das betrifft sowohl die angebotenen Inhalte als auch die Beschaffenheit der Netzwerke und Plattformen selbst. Soziale Medien müssen deshalb mitgedacht werden bei der Medienpolitik. Den Herausforderungen von Hate Speech, Propaganda, Gewalt, Betrug und Manipulation muss im digitalen Raum auf vielfältige Weise begegnet werden. Das reicht von Bildung über Orientierungsangebote, rechtsstaatlichen Zugriff bis hin zu besserer Plattformsteuerung. Erwachsene prägen den digitalen Raum, deswegen muss eine Strategie für den digitalen Raum neben der Medienkompetenz junger Menschen auch die Medienkompetenz von Erwachsenen beachten. Medienkompetenz ist wichtig, ersetzt aber keine Regeln.



Cybermobbing, digitales Strafrecht & Jugendschutz

Ein großer Teil der Lebenswelt von Jugendlichen findet heutzutage im digitalen Raum statt. Besonders hier müssen junge Menschen in ihren Bedürfnissen unterstützt und vor Gefahren geschützt werden. Das Feld der Herausforderungen im digitalen Raum ist groß. Es reicht von Fake News und Desinformation, Manipulation, Schleichwerbung und Suchtgefahr, über Betrugsversuche, Hackerangriffe, Cybermobbing und Hass & Gewalt im Netz, bis hin zu psychischen Problemlagen wie digitaler Depression, News-Burnout, Radikalisierung und Essstörungen.

Es ist von zentraler Bedeutung, Plattformen in die Pflicht zu nehmen, um den Schutz der Jugendlichen vor diesen Risiken sicherzustellen. Auch das Strafrechtssystem muss an die spezifischen Bedingungen des digitalen Raums angepasst werden. Eine besondere Sensibilität und Berücksichtigung der Altersgruppe ist dabei notwendig, um effektive und gerechte Maßnahmen zu gewährleisten. Opfer digitaler Gewalt brauchen Anlaufstellen und eine vielfältige Betreuung. Bei Täter*innen sind nicht nur strafrechtliche, sondern auch Methoden der sozialen Arbeit und der Präventionsarbeit wichtig. Psychische Probleme im Zusammenhang mit der Nutzung Sozialer Medien (Suchtprobleme, Essstörungen, Depressionen, Angststörungen) müssen gesellschaftlich aufgefangen werden. Gleichzeitig sollte digitale Jugendkultur Unterstützung und angemessene Rahmenbedingungen finden und gesellschaftlich respektiert werden. Staat, Gesellschaft und Plattformen sind gefordert, einen sicheren, jugendfreundlichen digitalen Raum zu schaffen, der die Entfaltung der Jugendlichen fördert und gleichzeitig vor den genannten Gefahren schützt.



Mehr Infos:

- "Wahlrecht von Geburt an" Stellungnahme KJG-Bundesausschuss 2004
- "Gegen Internetzensur - Offener Brief der Bundesleitung an die Abgeordneten der Bundestagsfraktionen" 17 Juni 2009
- "Jugendmedienschutzstaatsvertrag stoppen!" Stellungnahme des KJG Bundesausschuss März 2010
- „Pflichtdienst nein danke – Weiterentwicklung der Freiwilligendienste!“, KJG-Bundesausschuss 2001
- Stellungnahme Wehrpflicht, KJG-Bundeskonferenz 2000
- „Kinderrechte ins Grundgesetz! - Stellungnahme des KJG-Bundesrates zur Verankerung der Kinderrechte ins Deutsche Grundgesetz.“ KJG-Bundesrat März 2012
- „Leitbild Gender Mainstreaming“ KJG-Bundesstelle 2005
- „Erste allgemeine Verunsicherung – Sexualpädagogik in der KJG“ KJG-Bundesstelle 2010
- „Benachteiligung von Jungen im deutschen Bildungssystem“ (2009)
- „Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt“ (2009)
- „Gegen Zwangsprostitution“ (2006)
- „Beteiligung der KJG an der Kampagne von amnesty international gegen Menschenrechtsverletzungen an Frauen“ KJG-Bundeskonferenz 1995
- „Politische Forderung gegen sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, Bundeskonferenz 1993
- „Geschlechtergerechtigkeit in Wort, Text und Bild“ KJG-Bundeskonferenz 2008
- Stellungnahme Zuwanderungsgesetz, Buko 2002
- Stellungnahme „Situation Kinder und Jugendlicher ausländischer Herkunft / Asylverfahren“, Bundesausschuss 2001
- Politische Forderungen zur Kampagne „enjoy the difference“, KJG-Bundesausschuss 2001
- Stellungnahme Kirchenasyl, Buko 1994
- Stellungnahme Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft, Buko 1993
- Toleranz sowie „Trialog- das multireligiöse Dialogprojekt von BJSD, KJG und MJD“ 2002-2003

Mehr Infos II:

- „Aufruf an die Regierungen der G8-Staaten“ KjG-Bundeskonferenz 2007
- „Aufgezeigt! Überlegungen der Katholischen Jungen Gemeinde zur bildungspolitischen Situation der außerschulischen Bildung“ Beschluss KjG-Bundesausschuss 2005
- Stellungnahme „Jugendarbeitslosigkeit bedroht die Zukunft von Jugendlichen“ KjG-Bundeskonferenz 1999
- „35 Stunden – und keine Minute länger“ KjG-Bundesrat Oktober 2013
- „Aufruf an die Regierungen der G8-Staaten“ KjG-Bundeskonferenz 2007
- „Ausstieg aus der Atomenergie“, KjG-Bundeskonferenz 1997
- „Erklärung gegen das AKW Temelin“, KjG-Bundeskonferenz 2001
- Forderungen von LautStark! Der Kinder- und Jugendgipfel der KjG 2007 und 2010 sowie hierzu den Beschluss „Nachhaltigkeit von LautStark!“ KjG-Bundeskonferenz 2007
- „Klimafreundlich in die Zukunft“ KjG-Bundesstelle 2009
- „Klimawandel und Entwicklungshilfe in der KJG“, KjG-Bundeskonferenz 2007
- „Stellungnahme zur Situation armer Kinder in Deutschland“ KjG-Bundeskonferenz 2005
- „Gerechte Generationenpolitik–zukunftsfähig und solidarisch“ BDKJ-Hauptversammlung 2013



Herausgeberin:

KjG Landesstelle Bayern e. V.
ViSdP. Katrin Ascher, Landesvorsitzende
Landwehrstr. 68
80336 München

Redaktion:

Katrin Ascher, Landesvorsitzende
Maximilian Soos, Projektreferent

Copyright:

Das gesamte Material unterliegt dem
Urheberrecht. Grafiken, Symbole und Bilder
dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des
Bundesverbandes der Katholischen jungen
Gemeinde verwendet werden.

Text und Layout sind angelehnt und in Teilen
übernommen aus dem kinder- und
jugendpolitischen Grundlagenpapier des KjG
Bundesverbandes

www.bayern.kjg.de

Gefördert durch: